

Ist das das Aus für die Fußgängerbrücke?

Die Deutsche Bahn wird eine neue Eisenbahnbrücke über die Hunte zwischen Berne und Elsfleth bauen. Die Brücke könnte einen Radweg bekommen. Doch die Kosten dafür sollen die Kommunen tragen.



Merle Ullrich

09.06.2023, 15:41 Uhr



Der Weg über die Bahnbrücke bei Elsfleth über die Hunte ist für Fußgänger und Radfahrer gesperrt. Der Weg wurde zwar vielfach genutzt, ist aber eigentlich kein öffentlicher Weg.

Archiv

Berne/Elsfleth - Ist das das Aus für einen Fuß- und Radweg über die Hunte zwischen Berne und Elsfleth? Das Thema Eisenbahnbrücke stand jüngst im Ausschuss für Planen, Bauen und Wirtschaft des Berner Gemeinderates auf der Tagesordnung. Die Deutsche Bahn steckt in der Vorplanung für einen Brückenneubau und bat die Gemeinde um eine Erklärung zur Übernahme von Kosten für eine Brückenerweiterung um einen Fuß- und Radweg.

Die Brücke wurde 1927 erbaut und muss erneuert werden. Der Neubau solle innerhalb der nächsten fünf bis sechs Jahre erfolgen. Nach groben Schätzungen geht die DB Netz AG von Gesamtkosten von circa 4,5 Millionen Euro für den Fuß- und Radweg einschließlich Anrampungen und Planung aus.

Beteiligung unmöglich

„Die Gemeinde Berne sieht sich nicht in der Lage, die Kosten für eine Radwegbrücke im Zuge des Neubaus der Eisenbahnbrücke zu finanzieren“, sagte Fachbereichsleiter Michael Heibült im Ausschuss. Die Gemeinde habe schon jetzt – ohne eine Beteiligung am Brückenneubau – noch viele Projekte „in der Pipeline“, die bereits erkennbare Schuldenentwicklung der Gemeinde lasse ein solches Projekt nicht zu, sagte er.

Ratsfrau Antje Neuhaus-Scholz (Grüne) fand es zwar bedauerlich, dass die Gemeinde eine Beteiligung angesichts der finanziellen Lage ablehnen müsse, doch auch Bündnis 90/ Die Grünen könnten ein Projekt in dieser Größenordnung nicht befürworten, da die Gemeinde noch so viele Projekte – wie beispielsweise an den Schulen – bewältigen müsse.

Ratsherr Markus Baritz (SPD) kritisierte, dass die Deutsche Bahn den Fußweg nicht selber finanziere. „Das auf die Kommunen abzuwälzen, die sowieso kein Geld haben, ist einfach ärgerlich“, sagte er. Michael Heibült pflichtete Markus Baritz bei. Der Neubau der Eisenbahnbrücke sei ein Infrastrukturprojekt, das zu 100 Prozent aus Steuermitteln des Bundes finanziert werde, betonte er. Deshalb fordere die Gemeinde die Deutschen Bahn auch auf, die Rad- und Fußwegverbindung, die bis 2019 bestanden hatte, wiederherzustellen.

Wesermarsch kompakt - Ein schneller News-Überblick für die Wesermarsch

Jeden Tag senden wir Ihnen die wichtigsten Nachrichten aus der Wesermarsch, damit Ihnen nichts entgeht!

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich dem **Datenschutzhinweis** zu.

JETZT ANMELDEN

Stadt Elsfleth

Die Nachbarkommune, die Stadt Elsfleth, signalisierte auf Nachfrage unserer Redaktion eine ähnliche Haltung. Zwar sei die Deutsche Bahn bisher noch nicht an die Stadt Elsfleth herangetreten, doch die Elsflether Bürgermeisterin Brigitte Fuchs meint, dass eine solche Anfrage in Elsfleth keine Mehrheit erhalten werde. Eine Verpflichtungsermächtigung für ein so weit in der Zukunft liegendes Projekt sei gar nicht möglich. Verpflichtungsermächtigungen könnten nur für einen Finanzierungszeitraum von drei Jahren erstellt werden, sagte Fuchs. Die Stadt Elsfleth könne sich nicht auf ein Projekt in diesen Dimensionen, bei dem es um Millionenbeträge gehe, festlegen, zumal die tatsächliche Endsumme noch gar nicht feststehe, sagte Fuchs. Die 4,5 Millionen Euro sind laut DB Netz AG nur eine grobe Schätzung der Kosten aufgrund ähnlicher Projekte in der Vergangenheit.

Seit März 2020 gesperrt

Seitdem im März 2020 eine E-Bike-Fahrerin am Fußsteg der Eisenbahnbrücke über die Hunte zwischen Berne und Elsfleth stürzte, ist der Fußsteg gesperrt. Er war jahrzehntelang eine wichtige Verbindung

zwischen den beiden Kommunen und gehörte bis vor wenigen Jahren offiziell zum Weserradweg. Die Deutsche Bahn argumentierte nach dem Unfall, dass der Fußsteg nie für die Öffentlichkeit gedacht gewesen sei, sondern ein reiner Unterhaltungsweg des Bauwerkes für Bahnmitarbeiter sei. Brigitte Fuchs hatte in der Vergangenheit jedoch bereits darauf hingewiesen, dass seit 1953 ein Gestattungsvertrag bestehe, durch den der Fußsteg genutzt werden dürfe. Sowohl die Kommunen als auch Unternehmen hatten in den 1970er Jahren Gelder an die Deutsche Bahn gezahlt, um die Verbindung zu gewährleisten.